

Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 18. November 2013

Bericht verfasst von Andreas Erdin

Der Lichtblick der Ratssitzung war die deutliche Überweisung des Postulats „**Gentech-Raps: Kontrollen entlang von Transitwegen**“ von Judith Bellaiche (131:30 Stimmen). Solange das Gentechmoratorium gilt, ist es zum Schutz der hochwertigen gentechfreien Schweizer Rapsorten unumgänglich, dass der Kanton Zürich entlang der Transitstrecken Kontrollen durchführt. Die Befunde im Tessin und in Basel sind beunruhigend, doch da der Bund vorläufig trotzdem nur an den Grenzübergängen kontrollieren will, fand das glp-Postulat derart breite Unterstützung im Kantonsrat.

Insgesamt jedoch war es eine ernüchternde Ratssitzung für die Nachhaltigkeit im Kanton Zürich. Gleich mehrere Motionen und Postulate zur Energiepolitik wurden versenkt, da FDP, CVP und BDP anders stimmten als wir Grünliberalen, grösstenteils mit fadenscheinigen Argumenten. Die Motion „**Änderung des EKZ-Gesetzes in Bezug auf die Gewinnverwendung**“ von Judith Bellaiche scheiterte mit 77:91 Stimmen. Wenn das EKZ seinen Kunden für die Steigerung des Strombezugs (=Stromverbrauchs) einen Bonus auszahlt, ist das nicht nur ein falscher Anreiz, sondern widerspricht auch den Bemühungen des Bundes um eine nachhaltige Energiepolitik! Einwände wie „die Rahmenbedingungen des Bundes sind noch nicht klar“ oder „es geht einzig um Kundentreue“ sind da doch lächerlich.

Das Postulat „**Deckung des Energiebedarfs kantonaler Liegenschaften mit erneuerbaren Energien nach einem Umbau**“ der Grünen, fordert eine gesamthafte Strategie des Kantons Zürich bei seinen Liegenschaften für eine zukunftsgerichtete Energieversorgung. Die Baudirektion hat dazu schon erste Schritte unternommen. Für eine Umsetzung über alle Direktionen, die normalerweise als Bauherren auftreten, hätte es aber eine vermehrte Anstrengung gebraucht. Mit nur zwei Stimmen Unterschied (84:86) lehnte der Rat diesen Vorstoss ab – obwohl von den Gegnern auch auf den Wunsch nach einer gesamthaften Immobilienstrategie hingewiesen wurde. Eben diese wurde nun im Energiebereich abgelehnt.

Die beiden Postulate der Grünen zu Beiträgen aus dem Rahmenkredit nach §16 des Energiegesetzes bewerteten wir Grünliberale unterschiedlich. Barbara Schaffner setzte sich für „**Unterstützung von Biogasanlagen ohne Kosubstrat mit Fördermitteln**“ ein, damit der Anreiz für Biogasproduzenten wegfällt, Kosubstrat (Abfälle aus Lebensmittelindustrie und Gastronomie) von weit weg heranzukarren (abgelehnt mit 47:119). Nur einmal konnten wir mit der Mehrheit des Rates bei einem Energiegeschäft stimmen – bezeichnenderweise bei einer Ablehnung - nämlich als es darum ging, ob abgelegenen **PV-Anlagen** durch eine finanzielle Unterstützung für die Netzkosten ein Marktvorteil bei der Solarstrombörse verschafft werden sollte (abgelehnt mit 55:110).

Gegen die grünliberalen Stimmen wurde hingegen die Motion „**Erweiterung der Interpretation ‚Ausrüstungspflicht‘ bei Versorgung mit Biogas**“ der FDP überwiesen (mit 93:75 Stimmen). Unserer Meinung nach muss der erneuerbare Anteil gemäss §10a des Energiegesetzes erhöht werden (der heute bei beschämenden 20% liegt), und nicht der eine Energieträger (Biogas) bevorzugt werden indem er auch dann angerechnet werden darf wenn er auswärts produziert wird. Das wäre fast so kurzfristig wie wenn wir Elektroheizungen fördern würden, wenn sie mit Solarstrom gespeist werden.

Es ist spürbar im Kantonsrat, dass die Geothermie in den Fokus rückt und grosse Hoffnungen weckt und so stimmten alle Fraktionen (ausser der SVP) für die Motion „**Nutzung des tiefen Untergrundes**“ der FDP (117:48 Stimmen) und das Postulat „**Nutzungskonflikt im Untergrund – Raumplanung hat eine dritte Dimension**“ der SP. Um die Entwicklung dieser Technologie zu fördern, soll zum einen Rechtssicherheit geschaffen werden für den Investor (Exploration, Standort und Nutzung) und zum andern (in der nächsten „Richtplangeneration“) sichergestellt werden können, dass sich die verschiedenen Nutzungen (Wasser, Wärme, Gas, Strom) gegenseitig nicht behindern.

Noch drei weitere Geschäfte der Baudirektion konnten behandelt werden, doch auch da entschied der Kantonsrat nicht nachhaltig. Das Postulat „**Zentrumsnahe Siedlungsentwicklung**“ von Andreas Hasler will nichts anderes als die Schwäche der Kulturlandinitiative ausbügeln: Der Nutzungsdruck auf landwirtschaftliche Böden, vor allem im Oberland und am Zimmerberg, wird steigen, was nicht im Sinne des Schutzes des Kulturlandes und der Eindämmung der Zersiedelung sein kann. Auch hier wurden fadenscheinige Argumente gegen das glp Postulat angeführt wie „der Zeitpunkt ist unglücklich, die Richtplanung muss zuerst abgeschlossen werden“ oder „auf die Zentren besteht ein noch grösserer Siedlungsdruck“; trotzdem erhielt das grünliberale Postulat nur 51 Stimmen (bei 111 Gegenstimmen).

Das Postulat „**Nachhaltige Beschaffung im Kanton Zürich**“ der SP, erhielt alle grünliberalen Stimmen, aber trotzdem insgesamt nur 76 Stimmen (bei 81 Gegenstimmen). Bei den Rohstoffen (Strassenbau), Nahrungsmitteln, Textilien, Computern u.a. sollen die Beschaffungen der öffentlichen Hand auf dem globalisierten Markt Produkte meiden, bei deren Herstellung Menschen ausgebeutet wurden.

Das Postulat „**Stadtpark auf dem Kasernenareal**“ der EVP wurde vom Kantonsrat, da kein Gegenantrag gestellt wurde, diskussionslos überwiesen.

Das Postulat „**Entwicklung des ehemaligen Militärflugplatzes Dübendorf**“ der SP schliesslich wurde zurückgezogen, da der Regierungsrat sich bereits für einen Innovationspark einsetzt und sich auch gegen eine aviatische Nutzung ausgesprochen hat; in der kurzen Diskussion bekräftigte Stefanie Huber nochmals, dass der Kanton Zürich diese einmalige Chance für das Glatttal ergreifen muss.